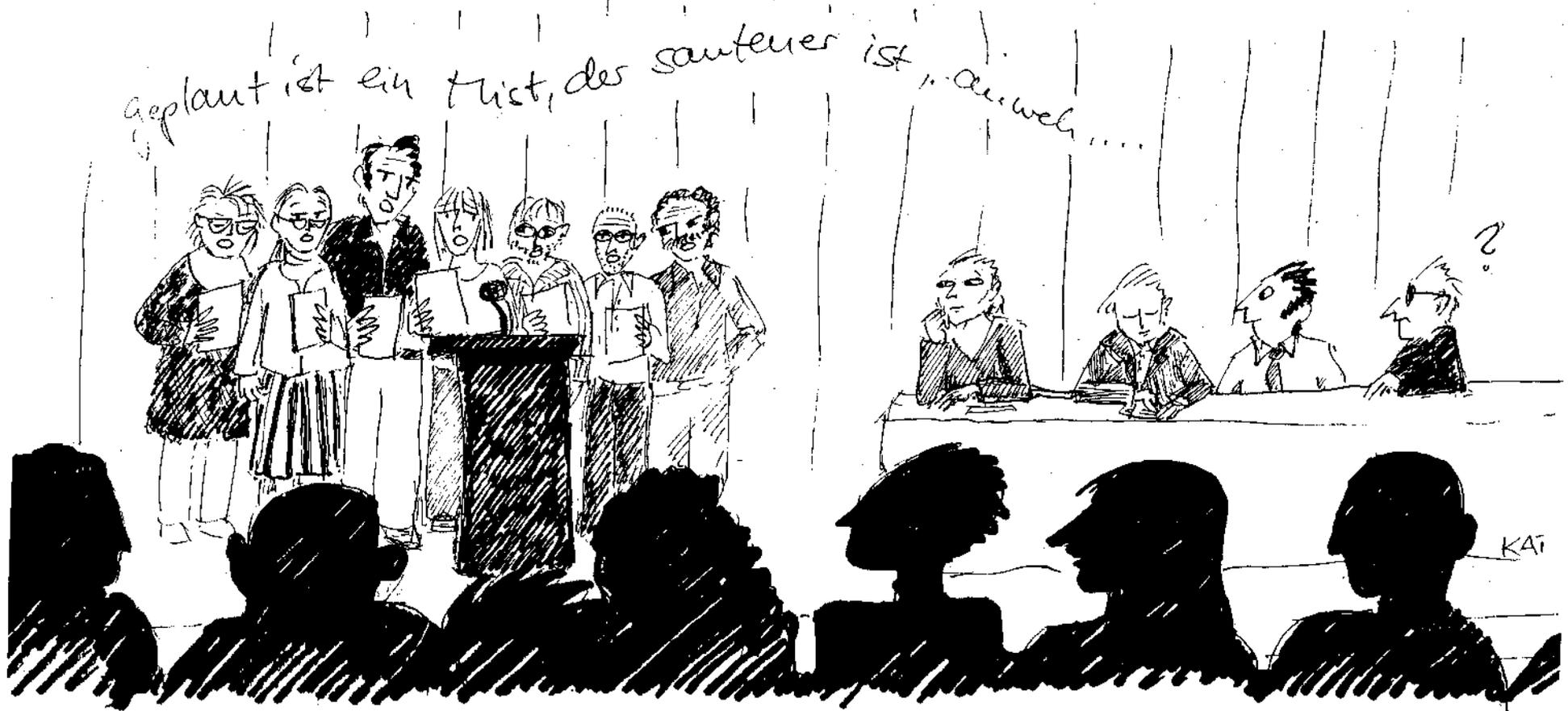


Tunnel ante portas



Die Angst vor dem Tunnel treibt die Haidhauser um. Kritiker fürchten mehr Baustellen als bisher angenommen. Bei der Bürgerversammlung im hoffnungslos überfüllten Großen Saal im Hofbräu Keller regte sich auf breiter Front Widerstand gegen die umstrittene Zweite S-Bahn-Stammstrecke. Noch bis 13. Oktober können Haidhauser Bürger Einspruch gegen das Großprojekt einlegen.

Einen einzigartigen Publikumsandrang hat die Haidhauser Bürgerversammlung am 14. September erlebt. Der große Saal im Hofbräu Keller war derart überfüllt, dass viele Interessierte wieder den Heimweg antraten. Der überwältigende Andrang hat natürlich seinen Themen an.

Thema der Veranstaltung war der geplante S-Bahn-Tunnel durch Haidhausen. Denn mit Beginn des Planfeststellungsverfahrens nimmt die Bedrohung für Haidhausen und seine Bewohner sehr konkrete Formen an.

Zu Beginn der Veranstaltung erteilte Versammlungsleiterin Lydia Dietrich, Fraktionsvorsitzende der Stadtratsgrünen, Uwe Leidig von der DB Bahn das Wort, der die nun seit längerem bekannte aktuelle Planung der Trasse vorstellte. Eine große Neuigkeit in den Ausführungen des DB-Abgesandten versteckte sich quasi in einem Nebensatz. Denn bei dem Notausstieg auf dem Gelände des Sportplatzes seien auch Vorarbeiten für eine Tunnelabzweigung zum Ostbahnhof in Richtung Süden vorgesehen. Dies

kann als ein Hinweis darauf bewertet werden, dass die DB Bahn neben dem in den Planungen zu ersiehenden Einmündung der Trasse in den Ostbahnhof Richtung Norden, eine zusätzliche Verschwenkung nach Süden, wie sie auch Bestandteil der ersten und zweiten Planung für Haidhausen war, noch keineswegs aufgegeben hat. Kritischen Sachverständigen war es lange ein Rätsel gewesen, warum die Bahn in der dritten und jüngsten Planung, des S Bahn Tunnels plötzlich auf die Verschwenkung verzichtete,

würde sieh doch ein lästiges „Kopfmachen“, sprich ein zeitraubender Richtungswechsel der Züge, die Richtung Süden wollen, vermeiden lassen. Sollte die Bahn nun doch vor haben, diese Verschwenkung zu realisieren, würden neben der Baustelle auf der Schulsportanlage in den Maximiliansanlagen, dem Notausstieg an der Einmündung von Putrich-Keller- und Milchstraße und der Riesenhausstelle am Orle-

Fortsetzung von Seite 1

ansplatz weitere offene Baustellen in Haidhausen dazukommen. Denn diese Trasse müsste dann zwangsläufig über den Johannisplatz oder die Einsteinstraße in Richtung Ostbahnhof laufen. Hier liegt der Verdacht nahe, dass die Bahn mit einer, bei Großprojekten äußerst beliebten, „Salamitaktik“ nur scheinbar mit dem wahren Umfang ihrer Planung herausrückt. In diesem Fall würde es sich um eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit handeln, da die Verschwenkung schätzungsweise mit 400 Millionen zu Buche schlagen, damit der so wieso schon magere Kosten-Nutzen Koeffizient von 1,12 unter 1,0 fallen würde und der S-Bahn-Tunnel in seiner Gesamtheit nicht mehr mit öffentlichen Mitteln gebaut werden dürfte.

Eine Täuschung der Öffentlichkeit, im Speziellen des Bayerischen Landtags und der Landeshauptstadt München, sieht auch Volker Böhm, von der Bürgerinitiative Tunnelaktion mit Blick auf die vergleichende Studie, die das Alternativprojekt zum S-Bahn-Tunnel, den Südring, auf 1,1 Milliarden taxierte und somit aus der Diskussion kegelte. Dass das Projekt Südring teuer gerechnet wurde, sieht Böhm nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, dass die maßgeblichen Gutachter gleichzeitig als Planer für den S-Bahn-Tunnel tätig sind. Deswegen beauftragte die Bürgerinitiative im Frühjahr dieses Jahres das renommierte Schweizer Planungsbüro Ernst Basler und Partner, eine der erfahrensten Tunnelbauunternehmen Europas, um die Kosten für den Südring nochmals durchzurechnen. Die Schweizer Spezialisten errechneten Kosten im Bereich von 340 Millionen Euro bis maximal 600 Millionen Euro, womit sie auf fast genau dieselben Zahlen kamen, die andere alternative Planungsbüros wie Vierregg und Rössler und Baumgartner/Kantke/Schwärz schon zuvor errechnet hatten.

kann, spiegelt sich in dem Antrag von Robert Hoffmann wieder. Obwohl offiziell Bund und Land für die Finanzierung des S-Bahn-Tunnels zuständig sind, sieht Hoffmann große Ausgaben durch Informationsveranstaltungen, Verwaltungsarbeit und nicht zuletzt durch begleitende bauliche Maßnahmen wie Verkehrsführung, Verlegung von Kanälen und Ertüchtigung von Bahnhöfen auf die Kommune zukommen. Deshalb beantragt Hoffmann in seinem Antrag die Feststellung und Offenlegung sämtlicher Kosten, die die Landeshauptstadt schon geleistet hat und die im Zuge des Baus der Zweiten Stammstrecke noch auf sie zukommen werden.

Für eine kleine Auflockerung der Tagesordnung sorgte ein gesungener Antrag der HN und Unterstützern, warum das teure und wenig Effizienz versprechende Tunnelprojekt nicht endlich auf Eis gelegt werde. Der Refrain „Geplant ist ein Mist, der sauteuer ist, oje“ orientierte sich am Volkslied „Drunt in der grünen Au“ (siehe auch Liedtext unten)

Die Angst der Gewerbetreibenden vor den drohenden jahrelangen Bauarbeiten benannte Hasan Adigüzel, der einen Mobiltelefonladen in der Weißenburger Straße betreibt, in einem Redebeitrag: „Wenn der Tunnel kommt, kann ich zusperren.“

Am Freitag, 1. Oktober findet um 17 Uhr auf dem Orleansplatz eine Demonstration gegen das Tunnelprojekt statt.

Markus Wagner

Deshalb beantragte Volker Böhm, dass die Landeshauptstadt München zusammen mit dem Bundesrechnungshof die vergleichende Studie prüfen möge und das Ergebnis dem Landtag zugänglich mache. Ulrich Sedlaczek beantragte ein Ratsbegehren, in welchem der Stadtrat die Münchner Bürger darüber abstimmen lassen soll, ob die Stadt juristisch gegen die 2. Stammstrecke vorgehen und speziell gegen den Planfeststellungsbeschluss klagen soll.

Auch der Jurist Dr. Jürgen Sillem hatte mit seinem Antrag das Planfeststellungsverfahren im Visier, das er „eine bürgerfeindliche Nacht- und Nebelaktion“ nannte und eine Wiederholung des Verfahrens forderte. Denn die Vorlauffrist für die Auslegung der Pläne sei viel zu knapp gewesen und habe außerdem mitten in den Sommerferien stattgefunden. „Von einem fairen Verfahren kann aus fachlich juristischer Sicht keine Rede sein“, sagte Dr. Sillem. Dass das Verfahren bewusst auf die Ferienzeit gelegt wurde, in der viele Betroffene außer Landes weilten, vermutete auch Bezirksausschussvorsitzende Adelheid Dietz-Will: „Es ist kein Zufall, dass wir die Unterlagen im August bekommen haben“. Die Befürchtung, dass auf die Stadt München eine größere finanzielle Belastung als angenommen zukommen